

KOMMENTAR

Episode Corona

MARC DAVID LUDWIG

In den letzten Monaten hat sich die Berichterstattung zur Gesundheitskrise ins Positive verschoben. Optimismus machte sich breit, „Lockerungen“ wurden in Aussicht gestellt. Gleichwohl wurden Einschränkungen der Grundrechte zurückgenommen und für Geimpfte werden zukünftig weitergehende „Befreiungen der Grundrechtseinschränkung“ erwogen. Die Tageschau vom 7. Mai berichtete gar vom besonderen Privileg, „wieder mehr Rechte in Anspruch“ nehmen zu können.

Immer wieder verdrängen Ordnungsvorstellungen und die Hoffnung auf eine „folgsame Bevölkerung“ die Bedeutung demokratischer Grundrechte – während andererseits Ministerpräsidenten und Opposition über „Lockerungen“ diskutieren, aber im Kern vor allem die Freiheit für Konsum und Ökonomie meinen.

Waren es zu Beginn eher Solidarität und Zusammenhalt, zeigen sich nunmehr Zeichen des Zerfalls unserer Gesellschaft.

Lebenslagen, die der Adressat*innen, aber auch die eigenen, haben sich angepasst. Das „Brennglas gesellschaftlicher Bruchlinien“ wird benannt, doch wie genau der Stress aussieht, unter dem die Gesellschaft derzeit steht, ist nicht mehr Bestandteil aktueller Auseinandersetzung. Stattdessen werden konstruierte Parameter, sogenannte 7-Tage-Inzidenzwerte, Grundlage von politischem Handeln.

Anwohnende von „Problemvierteln“ erhalten Sonderimpfungen – dass jedoch sozialstrukturelle Umstände zu einer erhöhten Infektionsrate geführt haben, wird von der Politik bewusst ignoriert. Infektionsrisiken in Wohnquartieren mit hoher Wohnraumverdichtung, Aufzüge als Infektionsorte, zu kleine Wohnungen, Übertragungswege über Schule und KiTa sowie über Großelternbetreuung, und das leider vor allem bei Menschen ohne oder

mit formal niedrigeren Bildungsabschlüssen, bleiben als „Merkmal der gesundheitlichen Ungleichheit“ weiterhin vorhanden.

Gespräche zur Risiko- und Lastenteilung finden seit Beginn der Gesundheitskrise ohne gesellschaftliche Beteiligung und Perspektiven statt. Und es kommt noch schlimmer: Im Rahmen der Krisenbewältigung finden keine demokratischen Verfahren statt. Die Zivilgesellschaft und besonders die Menschen mit eher prekären Lebensbedingungen bleiben außen vor. Längst angekommen im „Superwahljahr“ finden politische Gefechte hauptsächlich nur noch in die Zukunft gerichtet statt. Wie die aktuelle Situation das Gemeinwesen beeinflusst, bleibt dabei ausgeblendet. Sind dadurch Distanz, Ermüdung und fehlende Empathie nicht automatisch vorgeprogrammiert?

Die Probleme der sozialen Isolation und Ungleichheit spielen nur noch eine geringe Rolle. Neuerdings kann (psychische) Distanz durch negatives Testen bzw. Impfung gelöst werden.

Dass dabei die „soziale Spreizung“ weiterhin zunimmt, bietet zudem Nährboden für nicht demokratische Orientierungen. Unsere Kollektivität wird schwächer und das Vertrauen in die Institutionen sinkt. Trotz eingeschränkter Beziehungsarbeit bekommen sozial Arbeitende diese Spannungen tagtäglich mit. Dabei fördert das Professionsverständnis schon längst den Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit in der Gesellschaft. So ist folgerichtig, die durch das Corona-Management geschuldete Auffassung, Verantwortung in die Eigenverantwortung des Individuums zu legen, kritisch zu hinterfragen. Hierfür muss die Soziale Arbeit jedoch an den Strukturen ansetzen. Hervorgerufene psychosoziale Folgen und die Zunahme prekärer Lebenslagen – durch eine viel zu

lange andauernde Ausnahmesituation – lassen vorerst nur erahnen, welche langfristigen gesellschaftlichen Risiken diese „chronische Überlastung“ hervorbringen wird. Die Krise droht dauerhaft Spuren zu hinterlassen.

Wir können weiter abwarten, wie sich Haushaltssperren auf Soziale Arbeit auswirken – oder wir bringen uns endlich in die Debatten um eine zukünftige Gesellschaft ein! Selbstverständlich haben politisch Verantwortliche eine große Aufgabe zu bewältigen!

Neoliberal wirkende Mechanismen setzen sich immer deutlicher durch und sorgen für Entwicklungen in Richtung „Notstandsstaat“. Früher oder später wird sich dies im weiteren Verschwinden des „(Sozial-)Staates“ widerspiegeln. Unter diesen Umständen fällt es mir persönlich zunehmend schwerer, am Vertrauensvorschuss gegenüber der Regierung festzuhalten. Deshalb appelliere ich, die soziale Dimension der „Episode Corona“ stärker in den Blick zu nehmen, als ausschließlich nur wirtschaftliche Interessen zu verfolgen.

Es reicht nicht, die Wirtschaft zu schonen und zu entschädigen (allein neun Milliarden Euro Staatshilfe für die Lufthansa = 9.000 mal eine Million) und Betriebe mit Förderpaketen aus Steuermitteln zu stützen. Die Wirtschaft (nicht Kleingewerbe, Gastronomie) muss sich an der Gesellschaft beteiligen und nicht so wie bisher an der faktischen Präsenzpfllicht der Mitarbeiter trotz Möglichkeit und Verpflichtung zur Telearbeit festhalten.

Es sind die sozialen Verhältnisse, die dringend betrachtet und bearbeitet werden müssen! Bei Verteilungskämpfen bleibt Soziale Arbeit deshalb immer verpflichtet, im Interesse der Adressat*innen zu handeln. Diese haben inzwischen längst schon begonnen. ■